

„Gewalt macht ethnische Trennlinien plausibler“

Der Soziologe Andreas Wimmer hat historische Konflikte und ethnische Kriege erforscht. Im Gespräch erklärt er, welche Mechanismen den Nahostkonflikt am Leben halten und was trotz allem Hoffnung macht.

Interview: Joshua Beer

W er den Krieg in Nahost verstehen möchte, bleibt oft ratlos zurück. Die Blutrünstigkeit der Hamas, die vielen Toten in Gaza und das Leid der Gegenseite ausblenden. Folgt der Krieg eigenen Gesetzen? Andreas Wimmer ist Professor für Soziologie und Politische Theorie an der Columbia University in New York City, er gilt als weltweit führende Stimme in der Konfliktforschung und hat sich auf ethnische Konflikte spezialisiert. Zum Gespräch schaltete er sich per Video aus New York zu.

SZ: Herr Wimmer, seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel durchläuft die Region eine Spirale der Gewalt. Und die Welt erlebt einen neuen Krieg. Bleiben Sie trotzdem optimistisch?
Andreas Wimmer: Nun, viele rechneten am Ende des Kalten Krieges mit einer Art kollektivem Lernprozess, der es uns ermöglichen würde, Konflikte friedlich beizulegen. Das hat sich nicht bewahrt. Andererseits: Wenn Länder einen gewissen ökonomischen Entwicklungsstand erreichen, entstehen in ihnen keine Bürgerkriege mehr.

„Man kann christlicher Palästinenser sein und sich als Araber fühlen.“

Das ist fast wie ein Gesetz. So war es nicht nur in Europa, sondern auch in Singapur, Japan, Brasilien oder Argentinien. Ausnahmen davon sind extrem selten, dazu gehört Israel, auch wenn der Konflikt dort im eigenen Sinne kein Bürgerkrieg ist. Doch wenn der wirtschaftliche Aufschwung global anhält und sich relativ gleichmäßig verteilt, gibt es langfristig Grund für Optimismus.

Sie forschen zu ethnischen Konflikten. Ist der in Israel denn überhaupt einer?
Er ist ein klassischer Fall. Ethnische Konflikte zeichnen sich erstens dadurch aus, dass bewaffnete Gruppen aufeinander kämpfen, wie einem Staat die Macht unter verschiedenen Ethnien aufgeteilt wird, oder darum, sich einem anderen Staat anzuschließen oder einen eigenen zu gründen, in dem die eigene Gruppe die ethnische Mehrheit stellen würde. Zweitens rekrutieren bewaffnete Gruppen in ethnischen Konflikten ihre Kämpfer vorwiegend innerhalb der eigenen Ethnie und achten auch bei der Suche nach Verbündeten auf ethnische Gemeinsamkeit.

Was zeichnet eine ethnische Gruppe denn aus? Wir sprechen ja nicht von ethnischen Gruppen.
Nein. Laut Max Weber basieren Ethnien auf dem „subjektiven Glauben an eine Abstammungsgemeinschaft“. Mitglieder ethnischer Gruppen fühlen sich durch gemeinsame Verfahren verbunden. Ein zweites Element ist die Vorstellung einer gemeinsamen Kultur. Grob gesagt: Das palästinensische „Wir“ definiert sich über die Abstammung von den arabischsprechenden Bewohnern des britischen Mandatsgebiets vor 1948. Das „Wir“ der Israelis stützt sich ebenso auf ethnische Gemeinsamkeitsglauben und nicht rein auf Staatsbürgerschaft. Zum „Wir“ gehören Personen mit jüdischen Wurzeln, was die muslimischen und christlichen Israelis zu ethnischen Anderen macht.

Das sind ja zwei sehr klar voneinander unterscheidene „Wir“. Gibt es dazwischen nicht ethnische Schattierungen?
Natürlich, viele ethnische Gruppen zerfallen in Subgruppen, die hierarchisch verschachtelt sind. Man kann christlicher Palästinenser sein und sich auf einer höheren Ebene allen anderen Arabern zugehörig fühlen, zusammen etwa mit Jordanern oder Syrern. Unter Israelis gibt es ebenfalls Bruchlinien: Die größte Gruppe bilden die mizrachischen Juden, deren Vorfahren mehrheitlich aus arabisch-muslimischen Ländern nach Israel kamen. Darin gibt es Untergruppen für Ashkenazier, Jemeniten oder Iraker. Die Mizrachim unterscheiden sich von den ashkenasischen Juden, zu denen etwa auch die Jecke, die Einwanderer aus Deutschland, gehören oder die nach 1990 zugewanderten Russen.

Beeinflusst diese ethnische Vielfalt den Kriegsverlauf?
Nein, solche Differenzierungen spielen derzeit fast keine Rolle. Als die Hamas am 7. Oktober Frauen, Männer und Kinder umbrachte, wählte sie ihre Opfer zumeist danach aus, ob sie augenscheinlich jüdische und nicht israelische Menschen ebenso getötet wurden. Diese terroristische Taktik soll den Konflikt im Bewusstsein der Menschen zu einem zwischen Palästinensern und jüdischen Israelis machen. Gewalt macht ethnische Trennlinien plausibler. Vielleicht wiederholen sich ethnische Konflikte deshalb häufiger als andere. Waffenstillstände und Friedensabkommen sind brüchiger. Denn ethnische Konflikte regen das Denken in Nullsummenspielen an: Ist das ein jüdischer oder palästinensischer Staat? Die Parole „From the River to the Sea“, welche einen Absolutanspruch auf das Land zwischen Mittelmeer und Jordan erhebt, steht in Abwandelung sowohl im Gründungsdocument der Hamas von 1988 als auch im Wahlmanifest des israelischen Likud von 1977, der Partei Benjamin Netanjahus.

Können derart verhärtete Fronten wieder aufweichen?
Prinzipiell ja, in Uganda etwa haben sich die Konfliktlinien im Laufe eines jahrzehntelangen Bürgerkriegs stark verschoben, von feingliedrigen ethnischen Allianzen zu einer Nord-Süd-Teilung, in der mehrere ethnische Gruppen miteinander gegen einen anderen solchen Block kämpfen. Die Bedingungen in Nahost sind freilich andere, eine Verschiebung der Hauptkonfliktlinie ist derzeit unwahrscheinlich.

„Mir ist keine andere Staatsgründung in einem so feindlichen Umfeld bekannt.“

In Ihrem Buch „Waves of War“ analysieren Sie alle Kriege der vergangenen 200 Jahre mit mindestens 1000 Toten im Jahr. Was lernen wir aus ihnen?
Zunächst sehen wir in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Anstieg von Eroberungskriegen, bei denen sich Staaten neue Territorien einverleiben – unabhängig von deren ethnischer Zusammensetzung. Den Peak verursacht unter anderem der „Scramble for Africa“, also die kolonialen Eroberungskriege europäischer Mächte auf dem afrikanischen Kontinent. Eine weitere Besonderheit ist der Zweite Weltkrieg, bei dem der Anteil von Kriegen zwischen Staaten massiv zunimmt. Wenn man aber diese beiden Entwicklungen in den Hintergrund schiebt, stellen wir fest: Der Anteil ethnopolitischer Konflikte ist seit dem Ende der Napoleonischen Kriege kontinuierlich angestiegen.
Der US-Autor Robert D. Kaplan schrieb im Kontext der Balkankriege von „ancient ethnic hatreds“. Daraus entstand die These, dass ethnische Konflikte uralte Feindschaften zwischen Gruppen markieren, die nur wieder hochkochen.
Wenn das stimmen würde, müssten wir historisch beobachten, dass ethnische Konflikte mit gleichbleibender Häufigkeit ausbrechen. Doch ihr Anteil steigt.
Und was begünstigt den Anstieg? Der Anteil ethnischer Konflikte springt nach 1945 und 1990 in die Höhe. Heute dominieren solche Konflikte das globale Kriegsgeschehen.
Diese Verschiebung liegt meines Erachtens auf dem Nationalismus, der sich seit Napoleon quer über den Globus ausbreitete. Die nationalistische Ideologie fordert, dass Bevölkerung und Regierung derselben ethnischen Gruppe entstammen. Diesem Ideal der ethnischen Selbstbestimmung liefern etwa Imperien zuwider, in denen deutsche Beamte über Polen herrschten oder briti-

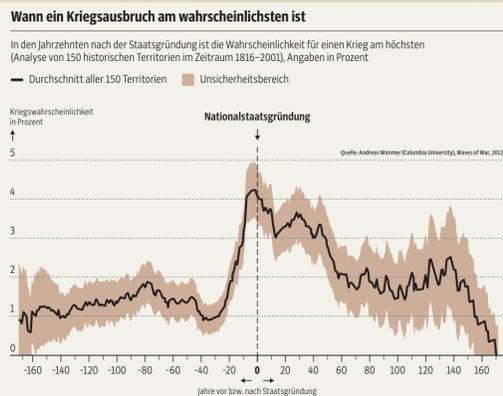
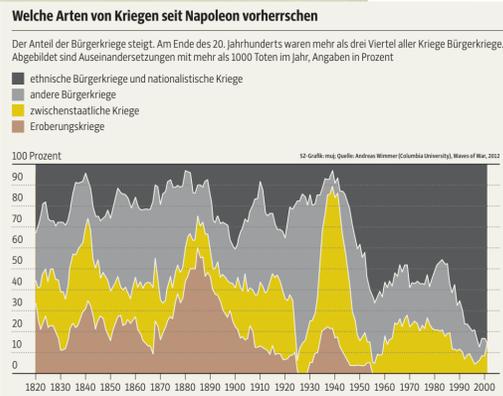
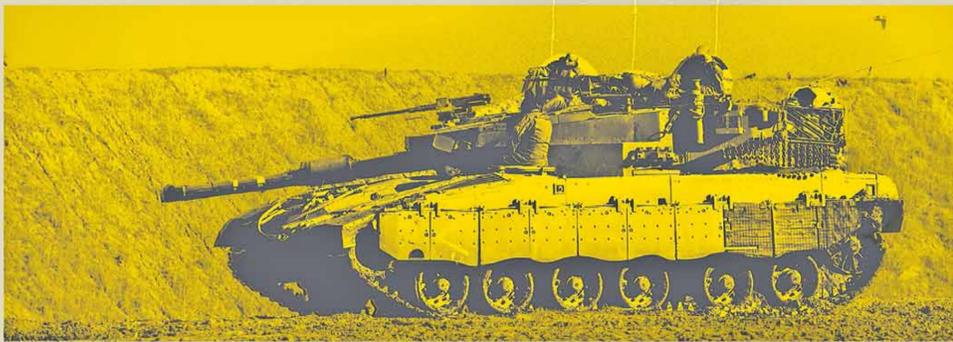
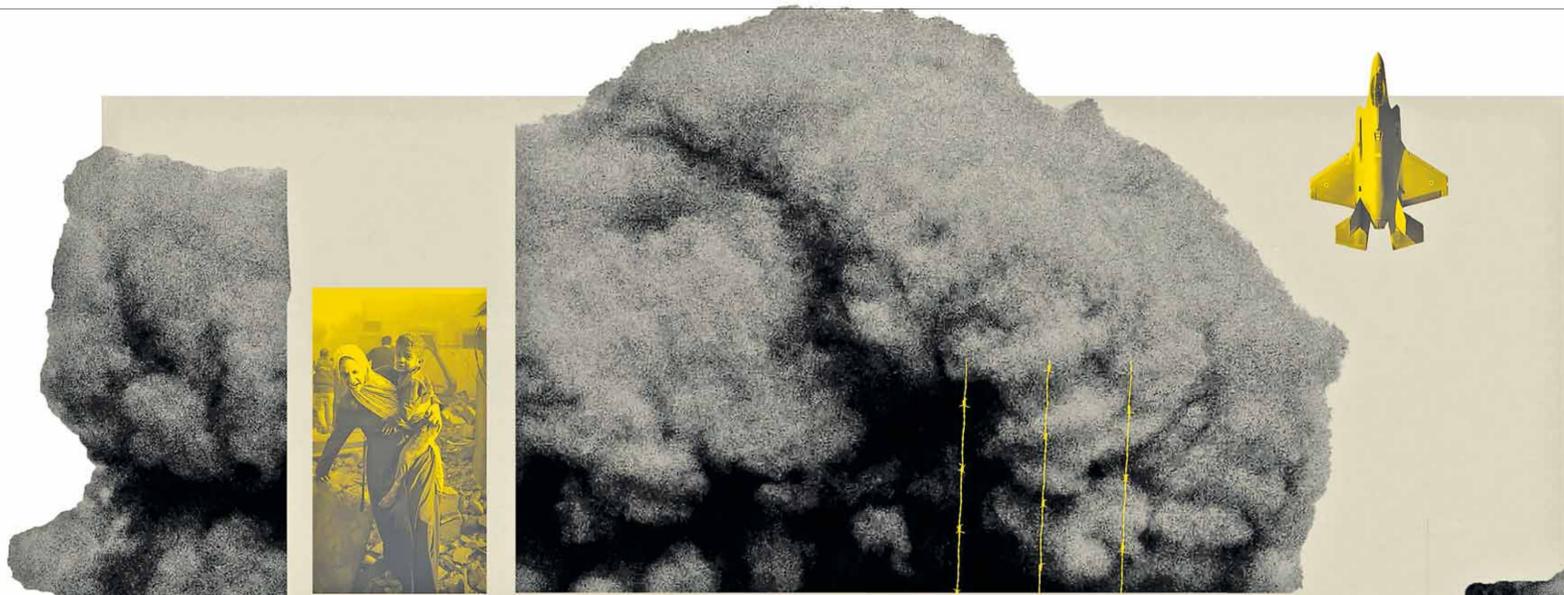
sche Administratoren über Ghana. **In „Waves of War“ legen Sie mit Daten dar, wie Kriege und die Gründung von Nationalstaaten zusammenhängen. Können Sie das erläutern?**
In den Jahrzehnten vor der Gründung bleibt die Kriegswahrscheinlichkeit relativ gering, doch ab zehn Jahren vorher verdoppelt sie sich etwa. Die höchste Kriegswahrscheinlichkeit liegt meist im Jahr der Staatsgründung. Für Deutschland ist das die bismarcksche Vereinigung 1871, für Mexiko 1821, für den Südsudan 2011 und für Israel eben 1948. Den Anstieg verursachen zumeist Unabhängigkeitskriege sowie zwischenstaatliche Kriege.

Im Falle Israels griffen die Armeen fünf arabischer Nachbarstaaten das Land direkt nach seiner Gründung 1948 an... Mir ist keine andere Staatsgründung in einem so feindlichen Umfeld bekannt. Zur Zeit des Ersten Weltkriegs, als das Projekt eines israelischen Staats die britische Unterstützung gewann, machten die später staatstragenden Juden im damaligen Mandatsgebiet Palästina etwa elf Prozent aus, also eine kleine Minderheit. Das zionistische Projekt wurde von den umliegenden Staaten von Anfang an bekämpft; bis heute ist die Sicherheit Israels bedroht.

Israel wehrte die Angriffe von 1948 ab. Rund 700.000 Palästinenser verloren laut den Vereinten Nationen ihre Heimat, teilweise durch Vertreibungen. Auch Juden wurden in dieser Zeit aus arabischen Staaten vertrieben. Passt diese Wendung in Ihr Modell?
Ja, in den Jahrzehnten nach einer Nationalstaatsgründung steigt die Wahrscheinlichkeit von ethnisch motivierten Bürgerkriegen, in denen es um Machtverteilung im neuen Staat geht. Zu diesem Muster gehören – historisch gesehen – auch sogenannte ethnische Säuberungen, die zum Ziel haben, einen ethnisch homogenen Nationalstaat zu schaffen.
Ob man die Vorgänge von 1948 als ethnische Säuberung bewerten kann, ist unter Historikern umstritten.
Die Vertreibungen fügen sich in dieses Muster, wie auch immer wir sie im Detail interpretieren. Diese Dynamik sehen wir auch nach der Gründung der modernen Türkei an den Zwangsumsiedlungen von Griechen und Türken, die euphemistisch „Bevölkerungsaustausch“ genannt wurden. Oder nach den Gründungen von Pakistan und Indien. Die konfliktreiche Dynamik des Nationalismus setzt sich nach der Staatsgründung fort, in den zwei oder drei folgenden Jahrzehnten bleibt das Kriegsrisiko hoch. An den Daten sehen wir aber, dass es im Schnitt nach sieben Jahrzehnten wieder auf das Durchschnittsniveau zurückgeht.

Der Nahostkonflikt verliert aber nicht an Dynamik, obwohl Israel sich schon im achten Jahrzehnt nach der Staatsgründung befindet. Warum?
In den meisten Fällen enden ethnische Konflikte früher oder später entweder durch Absplitterung von neuen, homogenen Nationalstaaten oder durch Machtteilung mit Minderheiten im existierenden Staat. In Nahost kam es bisher zu keiner dieser Lösungen. Historisch gibt es noch eine dritte, seit dem Zweiten Weltkrieg aber international geächtete Variante, um den Nahost auch politisch nicht machbar.

„Politische Ungleichheit ist ein großer Treiber von Bürgerkriegen.“
solche Konflikte gewaltsam zu beenden, nämlich ethnische Säuberungen. Trotz der Ächtung kommt es noch heute dazu: Im vergangenen September eroberte Aserbaidschan Bergkarabach, vertrieb die meisten der dort lebenden Armenier und beendetete den Konflikt dadurch. Diese Variante ist nicht nur moralisch inakzeptabel, sondern in Nahost auch politisch nicht machbar.
Der Stanford-Professor James Fearon schrieb 2006: „Sowohl ethnische als auch nicht ethnische Bürgerkriege sind häufiger in großen, armen, seit Kurzem unabhängigen oder ölreichen Ländern aufgetreten.“ Nicht politische Ungleichheit, sondern die Gier nach Ressourcen



treibe Konflikte hauptsächlich an. Sie widersprechen?

Unserer Forschung zufolge brechen häufiger Bürgerkriege in Ländern aus, in denen ein großer Anteil der Bevölkerung von politischer Macht ausgeschlossen ist. Wenn etwa ein Drittel der Bevölkerung ausgeschlossen wird, steigt das Risiko eines Bürgerkriegs um ein Viertel. Der Effekt ist stärker als der eines niedrigen Bruttoinlandsprodukts oder einer großen Bevölkerung. Selbstverständlich spielen in vielen Kriegen Armut und Ressourcen entscheidende Rollen, etwa Öl in Südnigeria oder Diamanten in Sierra Leone. Das vermischt sich manchmal mit ethnischen Machtkämpfen. Doch die Annahme, dass politische Ungleichheit ein großer, wenn nicht der Haupttreiber von vielen Bürgerkriegen ist, ist in der Forschung inzwischen weitgehend akzeptiert. Klar gibt es auch Kritik: Kampflinien entsprechen nicht immer genau den ethnischen Grenzen; es gibt Überläufer, etwa bosniakische Kriegsfürsten, die im Bosnienkrieg auf die Seite Serbiens wechselten. Viel Konflikte, etwa jener in Afghanistan, sind nicht primär entlang ethnischer Linien organisiert.

Nun leben in etlichen Ländern unterschiedliche Ethnien miteinander in Frieden. Etwas in Ihrem Heimatland, der Schweiz. Warum klappt es da mit der Vielfalt?

Auch der Gründung der modernen Schweiz 1848 ging ein kurzer Bürgerkrieg voraus. Doch die Siegerallianz umfasste aus historischen Gründen deutsch-, französisch- und italienischsprachige Gruppen. Die Anerkennung der modernen Schweiz 1848 ging ein kurzer Bürgerkrieg voraus. Doch die Siegerallianz umfasste aus historischen Gründen deutsch-, französisch- und italienischsprachige Gruppen.

„Es braucht eine frische Generation junger palästinensischer Führer.“
die nationalistischen Ziele als ihre eigenen angenommen und ist für diese mobilisiert. Die historisch häufigste Art, diese Konflikte beizulegen, ist daher Partitition, also die territoriale Trennung von Ethnien in neue Staaten wie zum Teil im Falle Jugoslawiens.

Und die zweithäufigste Art? „Power sharing“: Die Gruppen, darunter die bisher ausgeschlossene, teilen sich die Macht in einem gemeinsamen Staat. Das wäre das Nordirland-Modell; im Nahostkonflikt entspräche das der Einstaatenlösung; Palästinenser und Israelis teilen sich die Macht in einem integrierten, binationalen Staat.

So ein gemeinsamer Staat erscheint derzeit utopischer denn je. Und würde er nicht der Grundidee widersprechen, Jüdinnen und Juden nach jahrtausendelanger Verfolgung eine feste Heimat zu geben?
Ja, er wäre zwar theoretisch machbar, aber aus israelischer Sicht suicidal, da mit der Zeit eine palästinensische Mehrheit entstehen könnte. Für einen realistischen, stabilen Frieden bleibt also nur die Zweistaatenlösung. Heißt: die faktische Aufteilung des Territoriums mit Arrangements für Minderheiten, die an der Macht beteiligt werden, etwa die Siedler in palästinensischen Staat sowie die palästinensischen Bürger in Israel. Auf dem Papier ist dieser Weg seit Längerem vorgezeichnet, etwa in den Clinton-Parametern von 2000, einem Friedensplan. Darin schlugen die USA vor, etwa 95 Prozent des Westjordanlands sowie den kompletten Gazastreifen Palästina zuzuschlagen.

Sehen Sie denn noch einen Weg zur Zweistaatenlösung? Viele fragen sich, wer nach dem Hamas-Massaker die Palästinenser glaubhaft in einem Friedensprozess vertreten könnte.

Von allen Fragen ist das das schwierigste. Mit der Hamas kann man keinen Deal machen, und sie will auch keinen. Die Fatah unter Präsident Mahmud Abbas hat kaum Autorität. Es braucht neue Leute, eine frische Generation junger palästinensischer Führer, doch deren Aufstieg wurde von Abbas systematisch verhindert. Und auch durch Netanjahu, der die palästinensische Autonomiebehörde unterminiert hat. Doch gerade der Krieg könnte den Weg für einen Führungswechsel auf beiden Seiten öffnen. In Israel müsste die Einsicht in besetzten Gebieten stellen einen Extremfall von politischer Diskriminierung dar, der heute außerordentlich selten vorzufinden ist. Mir kommen als vergleichbare Fälle die Sahrauis in der Westsahara in den Sinn, die unter marokkanischer Annexion leben, oder die Rohingya in Myanmar, welche größtenteils ausgebürgert wurden. Die Lage der Palästinenser im Westjordanland und in Gaza ähnelt – und damit stoßen wir an die nächste Debatte – einer kolonialen Situation insofern, als sie einem Staat untergeordnet sind, in dem sie keine Bürgerrechte besitzen. Ähnlich etwa den Ghanaern im britischen Empire.

Stärkt der Vergleich mit früheren Kolonien nicht das schiefere Argument einiger Linker, gewaltsamen Widerstand gegen Israel sei Befreiungskampf, und die Hamas eine antikoloniale Widerstandstruppe?
Hier fehlt eine notwendige Differenzierung: Das erklärte Ziel der Hamas ist es ja, den Staat Israel von der Landkarte zu til-

gen. Das ist quasi-genozidal und entspricht historisch damit eben nicht dem kolonialen Widerstand beispielsweise in Algerien, der Frankreich ja nie zerstören wollte. Zudem konnten die französischen Siedler nach der Unabhängigkeit Algeriens in ihr „Mutterland“ zurück. Israelis können nirgendwo hin, denn Israel ist ihr Staat.

Hinzu kommt: Die Palästinenser haben die Vertreibungen von 1948 nie vergessen, die Nachkommen der Vertriebenen pochen auf ein Rückkehrrecht.

Im Gegensatz zu allen anderen Konflikten, die ich kenne, wurden die Vertriebenen damals nicht von den umliegenden Staaten integriert, obwohl sie ja ethnisch und kulturell dort hineinpassten. Stellen Sie sich vor, die deutsche Gesellschaft hätte die vertriebenen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht aufgenommen, sondern sie wären in Flüchtlingslagern geblieben, so wie die Palästinenser im Südlibanon seit drei Generationen in Lagern leben, ohne Bürgerrechte. So wird der Traum von der Rückkehr ins Heimatland, und damit der Palästinakonflikt, von den umliegenden Staaten mit Absicht am Leben gehalten. Auf dem Rückkehrrecht der Palästinenser zu bestehen bedeutet, eine Konfliktlösung zu torpedieren; keine israelische Regierung würde ein solches Zugeständnis politisch überleben.

Was kann Konflikte dieser Art befrieden?
Ethnische Konflikte verschwinden erst, wenn die zugrundeliegenden, tief verankerten nationalistischen Hoffnungen erfüllt werden. Gegenbeispiele gibt es kaum. Tief verankert heißt: Die Bevölkerung hat

„Es braucht eine frische Generation junger palästinensischer Führer.“

die nationalistischen Ziele als ihre eigenen angenommen und ist für diese mobilisiert. Die historisch häufigste Art, diese Konflikte beizulegen, ist daher Partitition, also die territoriale Trennung von Ethnien in neue Staaten wie zum Teil im Falle Jugoslawiens.

Und die zweithäufigste Art? „Power sharing“: Die Gruppen, darunter die bisher ausgeschlossene, teilen sich die Macht in einem gemeinsamen Staat. Das wäre das Nordirland-Modell; im Nahostkonflikt entspräche das der Einstaatenlösung; Palästinenser und Israelis teilen sich die Macht in einem integrierten, binationalen Staat.

So ein gemeinsamer Staat erscheint derzeit utopischer denn je. Und würde er nicht der Grundidee widersprechen, Jüdinnen und Juden nach jahrtausendelanger Verfolgung eine feste Heimat zu geben?

Ja, er wäre zwar theoretisch machbar, aber aus israelischer Sicht suicidal, da mit der Zeit eine palästinensische Mehrheit entstehen könnte. Für einen realistischen, stabilen Frieden bleibt also nur die Zweistaatenlösung. Heißt: die faktische Aufteilung des Territoriums mit Arrangements für Minderheiten, die an der Macht beteiligt werden, etwa die Siedler in palästinensischen Staat sowie die palästinensischen Bürger in Israel. Auf dem Papier ist dieser Weg seit Längerem vorgezeichnet, etwa in den Clinton-Parametern von 2000, einem Friedensplan. Darin schlugen die USA vor, etwa 95 Prozent des Westjordanlands sowie den kompletten Gazastreifen Palästina zuzuschlagen.

Sehen Sie denn noch einen Weg zur Zweistaatenlösung? Viele fragen sich, wer nach dem Hamas-Massaker die Palästinenser glaubhaft in einem Friedensprozess vertreten könnte.

Von allen Fragen ist das das schwierigste. Mit der Hamas kann man keinen Deal machen, und sie will auch keinen. Die Fatah unter Präsident Mahmud Abbas hat kaum Autorität. Es braucht neue Leute, eine frische Generation junger palästinensischer Führer, doch deren Aufstieg wurde von Abbas systematisch verhindert. Und auch durch Netanjahu, der die palästinensische Autonomiebehörde unterminiert hat. Doch gerade der Krieg könnte den Weg für einen Führungswechsel auf beiden Seiten öffnen. In Israel müsste die Einsicht in besetzten Gebieten stellen einen Extremfall von politischer Diskriminierung dar, der heute außerordentlich selten vorzufinden ist. Mir kommen als vergleichbare Fälle die Sahrauis in der Westsahara in den Sinn, die unter marokkanischer Annexion leben, oder die Rohingya in Myanmar, welche größtenteils ausgebürgert wurden. Die Lage der Palästinenser im Westjordanland und in Gaza ähnelt – und damit stoßen wir an die nächste Debatte – einer kolonialen Situation insofern, als sie einem Staat untergeordnet sind, in dem sie keine Bürgerrechte besitzen. Ähnlich etwa den Ghanaern im britischen Empire.

Stärkt der Vergleich mit früheren Kolonien nicht das schiefere Argument einiger Linker, gewaltsamen Widerstand gegen Israel sei Befreiungskampf, und die Hamas eine antikoloniale Widerstandstruppe?
Hier fehlt eine notwendige Differenzierung: Das erklärte Ziel der Hamas ist es ja, den Staat Israel von der Landkarte zu til-



Andreas Wimmer ist Konfliktforscher, seit 2015 lehrte und forscherte er als Professor für Soziologie und Politische Theorie an der Columbia University in New York. Der gebürtige Schweizer lebt seit 2003 in den USA. FOTO: PEXAVAT